

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 118. Sitzung

## **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 93. Sitzung

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 86. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. März 2009, 11 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Anna Schlosser-Keichel
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

### **Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses**

Werner Kalinka (CDU)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Peter Lehnert (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Thomas Hölck (SPD)	
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Karl-Martin Hentschel

### **Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses**

Hans-Jörn Arp (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Thomas Stritzl (CDU)	
Anette Langner (SPD)	
Bernd Schröder (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Detlef Matthiessen

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)  
Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Ursula Sassen (CDU)  
Peter Eichstädt (SPD)  
Regina Poersch (SPD)  
Thomas Rother (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank und Gesetzentwurf zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts**

Vorlage der Landesregierung  
Drucksache 16/2511

(im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse gem. Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 2)

Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/4033 (neu)

Fragen der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4034

Fragen der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/4042



Außerdem wird sich der Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes jeweils im Anschluss an die Finanzausschusssitzungen und am 24. März 2009 um 13 Uhr mit der Neuausrichtung der HSH Nordbank befassen.

Abg. Heinold erwartet von der Landesregierung die Umsetzung des vom Finanzausschuss am 12. Februar einstimmig gefassten Beschlusses, dem Finanzausschuss schriftlich die in der Diskussion befindlichen Alternativen für die Zukunftsausrichtung der HSH Nordbank mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen sowie den finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt darzustellen.

M Wiegard trägt vor, in den nächsten Wochen werde es darum gehen, ob das neue Geschäftsmodell der HSH Nordbank zukunftsfähig sei, ob die bisherigen und neuen Risiken hinreichend berücksichtigt und abgedeckt seien, wie die dafür erforderliche Kapitalisierung der Bank sichergestellt werde und unter welchen Bedingungen und mit welchen Regelungen die Bank künftig agieren werde (Vergütungssysteme, Risikomanagement, Good Governance). Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg hätten nach intensiver Beratung durch PricewaterhouseCoopers und Morgan Stanley die Entwicklung des Konzepts der Bank in den letzten Wochen begleitet, sich von dessen Plausibilität überzeugt und gemeinsam den Gesetzentwurf über die Errichtung einer gemeinsam getragenen Anstalt vorgelegt. Mit den Kapitalmaßnahmen und dem neuen Geschäftsmodell hoffe man, etwa ab 2011/12 wieder zu positiven Ergebnissen zu kommen, und halte an der Zielsetzung fest, die Beteiligung der öffentlichen Anteilseigner mittelfristig deutlich zurückzufahren, wenn es der Markt zulasse. Die von den Fraktionen eingereichten Fragen inklusive der Frage der wertmäßigen Gegenüberstellung der drei Alternativen werde die Landesregierung bis zur nächsten Ausschusssitzung schriftlich beantworten und mit Blick auf schutzwürdige Interessen gegebenenfalls im Beteiligungsausschuss weiter erörtern.

Abg. Sauter bittet darum, Stressszenarien bei allen Alternativen zu berücksichtigen und nicht allein auf das Fortführungsmodell zu beschränken.

Abg. Herdejürgen bittet den Finanzminister, zu den Äußerungen des Wirtschaftsministers zur HSH Nordbank Stellung zu nehmen und mitzuteilen, welche Vertreter der Landesregierung seit Beginn der Wahlperiode an den sogenannten Eigentümergesprächen beteiligt gewesen seien.

M Wiegard erwidert, der Aufsichtsrat werde das Konzept am 9. März 2009 weiter erörtern und sich selbstverständlich hinter das Konzept stellen. An den Eigentümergesprächen hätten in der Regel er als Finanzminister beziehungsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Be-

teilungsverwaltung teilgenommen. Zu einem Zeitpunkt sei auch das Innenministerium in die Gespräche auf Arbeitsebene einbezogen worden. Er werde diese Frage schriftlich beantworten.

Abg. Heinold wiederholt ihre Forderung, die Plausibilität des neuen Geschäftsmodells von Wirtschaftsberatungsunternehmen schriftlich bestätigt zu bekommen. Außerdem möchte sie wissen, wie sich die Landesregierung im Aufsichtsrat bei der Entscheidung über die Ausschüttung weiterer 200 Millionen € an Anleger verhalten werde.

M Wiegard weist noch einmal darauf hin, dass es aus Zeitgründen keine schriftlichen Gutachten der Berater gebe, sondern die Berater parallel zur Prüfung des Jahresabschlusses die Plausibilität des Geschäftsmodells prüften und dem Finanzausschuss selbstverständlich jederzeit Rede und Antwort stünden. Der Aufsichtsrat werde sich am 9. März mit der Frage befassen, ob im Jahresabschluss ein Fehlbetrag in der Bilanz ausgewiesen werde, was mit der Frage der Bedienung der stillen Einlagen und der Frage der Liquidität zusammenhänge. Eine Positionierung der Landesregierung zum Stimmverhalten zur Ausschüttung der 200 Millionen € gebe es noch nicht.

Abg. Heinold bittet darum, dem Beteiligungsausschuss die Kommentierung der Plausibilität der Risikoeinschätzung durch PricewaterhouseCoopers zuzuleiten.

Abg. Dr. Garg bittet darum, dem Finanzausschuss die Ergebnisse des KPMG-Stressszenarios zugänglich zu machen. Außerdem fragt er, wann die Bank ihr Konzept beim SoFFin offiziell eingereicht habe und ob es unterschiedliche Auffassungen in der Landesregierung zur HSH Nordbank gebe.

M Wiegard entgegnet, ein eigenes Stressszenario der KPMG sei ihm nicht bekannt. Die KPMG habe erklärt, sie werde ein Testat erteilen und habe gegen das geplante Fortführungsszenario keine Bedenken. Am 18. März werde eine Beratung mit der EU-Kommission in Brüssel erfolgen.

Abg. Astrup erwartet von der Landesregierung, dass sie die Reputation der Bank nicht durch unterschiedliche Äußerungen in der Öffentlichkeit beschädige.

Auf eine Frage von Abg. Stritzl erwidert M Wiegard, die geltende Verbundvereinbarung mit den Sparkassen werde eingehalten.

Abg. Koch bittet den Finanzminister, die Auswirkungen des Szenarios einer Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung bei Schließung der Bank näher zu beleuchten. Er möchte konkret wissen, ob das Land für den Fall, dass der Sparkassen- und Giroverband als Mitanteils-eigner zur Einlösung der Verbindlichkeiten finanziell nicht in der Lage wäre, einspringen müsste und die Belastungen des Landes die genannte Summe von 13 Milliarden € deutlich überstiegen.

M Wiegard bejaht die Frage und sagt auch hier eine schriftliche Beantwortung zu. Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt er mit, die Verhandlungen über eine mögliche Beteiligung der Flowers-Gruppe an der Kapitalisierung seien noch nicht abgeschlossen.

Abg. Harms bittet den Finanzminister darum, dem Beteiligungsausschuss das Stressszenario der Bank zur Verfügung zu stellen. Er hält eine Entscheidung des Landtages über die Zukunft der HSH Nordbank erst dann für möglich, wenn die Ergebnisse des Jahresabschlusses vorlägen.

M Wiegard sagt zu, das Szenario mit seinen Grundlagen und Folgewirkungen zu beschreiben. Dass die offizielle Jahresabschlussprüfung mit Testat Ende März vorliege, sei ein enormer Kraftakt.

Der Finanzausschuss legt Wert darauf, dass der Beteiligungsausschuss über die maßgebenden Feststellungen des von der KPMG geprüften Jahresabschlusses informiert wird, bevor der Landtag über den Staatsvertrag abstimmt.

M Wiegard sagt zu, das Parlament über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichts zu informieren.

Abg. Heinold beantragt, zur Tragfähigkeit des von der Landesregierung vorgelegten Geschäftsmodells für die HSH Nordbank sowie zu den Auswirkungen des Modells auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft den Wirtschaftsminister zu hören.

M Wiegard stellt klar, dass er als Finanzminister für die Landesregierung spreche. Die Äußerung des Wirtschaftsministers beruhe auf einer falschen sachlichen Annahme und werde in Kürze geklärt. Auf eine Frage von Abg. Puls antwortet er, die auf Seite 24 der Regierungsvorlage angesprochenen verbindlichen Regeln im Sinne eines Good Governance könnten untergesetzlich in eigener Verantwortung getroffen werden.



